

ARBEITERMACHT

Organ des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse
Februar 1937 Preis 20 Gr

Das "Experiment Blum".

Die "Times", das Weltblatt der englischen Kapitalisten, erteilt Blum das höchste Lob. Als die Regierung angetreten, da sprachen alle Abzeichen für das Heranreifen einer revolutionären Situation; Blum hat die revolutionäre Gefahr beseitigt, das sei sein grosses Verdienst. Ehre, wenn Ehre gebührt! Wir stellen nur bescheiden fest, dass sich Blum das grosse Verdienst um die Bourgeoisie erworben hat, keineswegs um die Arbeiterklasse.

I. Die blumsche "Beruhigungs"pillen.

Blum streute "Beruhigungs"pillen aus in die aufgeregten Massen: 15% Lohnerhöhung, Bezahlung des Urlaubs, Anerkennung der Gewerkschaften und Kollektivverträge, 40 Stundenwoche usw - die kapitalistische Staatsmaschine jedoch rührte er nicht an. Das Experiment ist nicht neu. Genau so haben es 1918 die deutsche und österreichische SP gemacht und sich damit unstreitig das grosse Verdienst um die Bourgeoisie erworben, dass sie damit in der kritischsten Zeit die Arbeitermassen von der proletarisch-revolutionären Massenaktion weglockt und schliesslich in den Abgrund von 1933/34 hinein "experimentiert" haben. Im Lichte der deutschen und österreichischen Erfahrungen seit 1918 entpuppt sich das grosse Verdienst Blums um die Bourgeoisie als grosser Verrat an der proletarischen Revolution unter der werktätigen Mithilfe der Stalinpartei.

II. Die blumsche Konjunkturspekulation.

Nach mehr als sechs-jähriger furchtbarer Wirtschaftskrise muss wieder ein gewisser wirtschaftlicher Aufschwung kommen. Das gilt, wie wir wissen, selbst für die Niedergangsepoche in der sich der Kapitalismus bereits befindet. Die "Beruhigungs"pillen sind Konzessionen der Bourgeoisie, um die revolutionäre Welle zu besänftigen, zu zerteilen, zu zersetzen. Es sind Reformen, die die Kapitalistenklasse vorübergehend einräumt, um ihr Ausbeutung- und Herrschaftssystem über die Massen auch über die kritischen Zeiten aufrecht zu erhalten. Es sind vorübergehende Opfer, die sich die kapitalistischen Ausbeuter doppelt wieder hereinholen und im geeigneten Augenblick wieder beseitigt. Das Instrument, mittels dessen die Bourgeoisie in Zeiten revolutionärer Massenerregung da grosse Irreführungsmanöver zum Glätten der revolutionären Wellen durchführt, sind die kleinbürgerlich-demokratischen Parteien, die Sp(RS)/Stalinpartei. Vollgundermassen vollzieht Blum das grosse Betrugsmanöver.

Manöver Nummer 1: "Beruhigungs"pillen in die Massen.....

Manöver Nummer 2: Abwertung des Franken; die zyklusmässige fällige Belegung der kapitalistischen Wirtschaft wurde dadurch etwas früher herbeigeführt; was die Arbeiter als "Beruhigungs"pillen erhalten haben, nimmt ihnen die mit Hilfe der Frankenabwertung von den Kapitalisten angekurbelte Teuerungsoffensive, Hand in Hand mit deren Rationalisierungsoffensive.

Manöver Nummer 3: Die Arbeiter wehren sich, streiken, besetzen die Betriebe, fordern neuerlich Erhöhung der Löhne, um die Teuerung wettzumachen. Blumsches zureden, versüsst mit stalinschen Einlullungssulvern, sucht sie einzuschläfern. Da sich das als ungenügend erweist, lässt Blum - die Stalinpartei deckt ihm den Rücken - die Streikenden von kapitalistischer Polizei- und Gendarmerie aus den besetzten Betrieben "gütlich" verdrängen. Der Polizeiknüppel sticht zu sehr in die Augen und wird schliesslich ersetzt durch die schlauneren Methoden der obligatorischen (kapitalistischen) Schiedsgerichtsbarkeit, deren Zweck es ist, die kämpfenden Arbeitermassen zu ermüden, zu zersetzen.

Manöver Nummer 4: Die Kapitalisten setzen die Teuerungs- und Rationalisierungsoffensive fort, sie steigern die Arbeitsintensität, die Ausbeutung, die Profite wachsen, die "Opfer" rentieren sich. Der Zweck des blumschen Experiments ist erreicht: für die augenblickliche kritische Zeitspanne ist die revolutionäre Gefahr behoben, die Kapitalisten haben ihre gesicherten, sogar wachsenden Profite und - die Arbeiter bleiben weiterhin Lohnsklaven.

III. Blumsche Spanienpolitik.

Der angebliche Sozialist Blum handelt in Wirklichkeit imperialistisch. Er ist Sozialimperialist. Französisch-imperialistisch gegenüber den kolonialen Volksmassen, ist er dasselbe gegenüber den spanischen Massen. Nur die proletarische Revolution kann die Millionenmassen der spanischen Arbeiter, armen Kleinbauern und Kleinbürgern wirklich befreien. Aber eine in Spanien siegreich vorwärtschreitende proletarische Revolution würde unvermeidlich die proletarische Revolution in Frankreich entzünden. Jedoch zu dem Zweck ist Blum von der französischen Bourgeoisie an die Spitze des kapitalistischen Staates Frankreich gelassen worden, damit er die aufsteigende proletarischrevolutionäre Welle mit seinem "sozialistischen" Öl besänftige, zerteile, zersetze. Diese Politik betreibt er, auch gegenüber Spanien. Der Kampf der spanischen Arbeiter hat sich innerhalb der Bedürfnisse des französischen Imperialismus zu halten. Das ist der Leitedanke der blumschen Spanienpolitik. Alles Gekehrte darf darüber nicht kläuschen, dass die Stalinbürokratie in der Grundlinie ihrer Spanienpolitik mit Blum Hand in Hand geht. In aller Form liess Litwinow erklären, dass Sowjetrußland (richtig: die Stalinbürokratie) an einen spanischen Sowjetstaat nicht interessiert ist. Die Stalinclique arbeitet dagegen, da die kämpfenden Massen in Spanien zur proletarischen Revolution vorwärts schreiten. Die Politik der spanischen Stalinpartei beweist dies auf Schritt und Tritt. Sogar die POUM, die keine proletarischrevolutionäre, sondern lediglich eine zentristische Politik ist - sie macht die "Volks"frontpolitik mit und sucht zur Beruhigung ihres Gewissen ab und zu ein wenig proletarischrevolutionär zu plaudern - wurde um eben dieser praktisch unbedeutenden Plaudereien willen von der Stalinpartei aus der katalonischen "Volks"frontregierung hinausgedrückt. So hat die POUM für die Dienste, die sie der spanischen Linksbourgeoisie geleistet hat, sehr rasch den Lohn gefunden. Ihre Mitglieder können nun an Hand der Erfahrungen die Linie der POUM überprüfen. Wir sind überzeugt, dass gar manche von ihnen den proletarischrevolutionären Weg finden werden.

IV. Das Wesen der Blumregierung.

Blum, das ist die SPF, das ist die SP(RS) überhaupt, in allen Ländern. Lässt man die stalinischen Spiegelreflektoren beiseite, so geht die Stalinpartei, der Stalinismus überhaupt mit der blumschen Regierung durch dick und dünn; die Kritik am Blumregime ist daher auch Kritik an ihm. Wir machen keine sozialistische Politik, erklärt Blum immer wieder, sondern wir machen Politik "im Rahmen der kapitalistischen Ordnung" und wollen alles, was in ihr möglich ist, zu Gunsten der Arbeiter heraushehlen. Eine sozialistische Partei, die keine sozialistische Politik macht, eine Arbeiterpartei, die keine proletarische Politik macht, ist ein Unding, das ins Panoptikum gehört. Da die Politik der SPF ihrem eigenen Geständnis nach und in der Tat jedenfalls nicht sozialistisch ist, was ist sie dann? Welche Politik treibt Blum wirklich? Nun; die Politik "im Rahmen der kapitalistischen Ordnung", das ist - k a p i t a l i s t i s c h e Politik. Eine sozialistische Partei mit kapitalistischer Politik, solche "sozialistische" Partei ist gegenüber der Arbeiterklasse jedenfalls Betrugspartei. Blum will "alles, was möglich ist, aus der gegebenen kapitalistischen Ordnung für die Arbeiter heraushehlen", d.h., er will die gegebene kapitalistische Ordnung möglichst reformieren, er treibt reformistische, kleinbürgerliche, ihrem Ergebnis nach linkskapitalistische, letzten Endes kapitalistische Politik. Es ist das alte reformistische Lied, das die SP(RS) und nun auch die KP singt, nur mit andern Phrasen, in andern Tönen vorgetragen. Die Blumregierung ist im Wesen nach genau dasselbe, was die Rechnerischen Koalitionsregierungen seit 1918 gewesen sind, sie gleicht ihnen wie ein faules Ei dem andern. Doch eben weil dem so ist, so bemühen sich SP(RS)/Stalinpartei krampfhaft, den Arbeitern vorzumachen, die Blumregierung sei etwas ganz anderes. Hören wir darüber den "revolutionär sozialistischen" Austrisicus in Dezemberheft des "Kampf".

"Die Volksfrontregierung, das ist eine Regierung, in der Sozialisten und Marxlichradikale sitzen und für die Radikalsozialisten und Kommunisten stimmen. Ihrer Form nach ist sie also eine Koalitionsregierung. Aber die Volksfront unterscheidet sich von den Koalitionen herkömmlicher Art dadurch, dass in ihr die proletarischen Parteien das Übergewicht haben, und dass sie infolgedessen in höherer Masse unter dem Einfluss der proletarischen Massen steht (umgekehrt wäre es logischer ausgedrückt; d.Red.)... Die Volksfrontregierung ist keine sozialistische Regierung, sie betont es immer wieder, sie beschränkt sich darauf, ein bestimmtes demokratisches (demokratisch kapitalistisch; D.Red.) Programm durchzuführen, dessen Grenzen

ren Koalitionsregierungen, sie ist im Gegenteil dem Wesen nach genau dasselbe, was die Koalitionen "alten Stils" gewesen sind: ein verräterisches Bündnis von Parteien, die sich als Arbeiterparteien ausgaben, mit dem Klassenfeind der Arbeiterklasse. Die Ergebnisse der Koalitionen "herkömmlicher Art" sind durch die Katastrophen von 1933/34 zur genüge bekannt. Eben darum das Bestreben, der Arbeiterschaft vorzuschwindeln die neue Koalitionen seien etwas anderes als die alten.

Im Jännerheft des "Kampf" wird ein anderer "Unterschied" vorgetäuscht. Es heisst darin: "Die Tatsache, dass diese Regierung unter dem Einfluss und dem Druck der Arbeiterklasse steht, das unterscheidet die Volksfront von der Koalition"... Auch eine Geschichtsfälschung. Der Druck der Arbeiterklasse in Deutschland und Österreich 1918/20 auf die Koalitionsregierung war bei weitem grösser als heute in Frankreich oder selbst in Spanien, was aber gar nichts geändert hat an dem verräterischen Charakter und den letzten Endes katastrophalen Auswirkungen der Koalition.

2. Wir haben bisher im Jargon des Kaninchen und Löwen von der sozialdemokratischen "Führung" in der Regierung gesprochen. In Wirklichkeit hat die SP in den früheren Koalitionsregierungen genau so "geführt, wie der Gaul den Wagen "führt" auf dessen Bock, die Zügel in der Hand, der Herr Kapitalist sitzt. Genau so schaut es mit der Führung der Blumhelden (und Caballerohelden) aus in der "Volks"frontregierung. Blum hat die "Führung", das "Übergewicht", aber sobald er etwas tun will, was seinen kapitalistischen Verbündeten nicht passt, droht die bürgerlichradikale Partei mit dem Austritt aus der Regierung und die Blum, Thorez & Co knicken ein. Genau so in Spanien. In der "Volks"frontregierung geschieht also nur das, was die kapitalistischen Verbündeten zulassen, geschieht nur das, was dem kapitalistischen Interessen entspricht. Dem äusseren Schein nach führt Blum im Namen des Proletariats, in Wirklichkeit führt er die Regierung, des Staat im Namen der Bourgeoisie; in Wirklichkeit ist er ein kapitalistischer Lakai, dem die Bourgeoisie die "Führung" ihres Staates lässt, um in einer Lage der revolutionären Führung die Masse zu täuschen, irrezuführen, einzuschüchtern, zu ermüden, zu zersetzen.

3. Allein, müssen denn die Blum, Thorez & Co vor ihren kapitalistischen Bundesgenossen einknicken? Ja, sie müssen einknicken, so oft es die kapitalistischen Interessen verlangen. Das Bündnis mit der Bourgeoisie, mit Teilen derselben, ist nur unter bestimmten Grundbedingungen zu haben. Die allerentscheidendste dieser Bedingungen ist diese: Die kapitalistische Staatsmaschine in ihrer klassenmässigen kapitalistischen Zusammensetzung darf nicht angetastet werden! d.h.: Die reale Staatsmacht muss in den Händen der Bourgeoisie bleiben, wie immer die Zusammensetzung der Regierung auch wenn diese sogar aus lauter Sozialdemokraten, "Revolutionären Sozialisten", Stalinisten zusammengesetzt ist. Mag also in der Regierung nur ein einziger bürgerlicher Radikaler sitzen oder sogar gar keiner, die Blum, Thorez & Co müssen dennoch bei jedem praktischen Schritt, der ernstlich dem kapitalistischen Interesse widerspricht, vor der Bourgeoisie zusammenknicken, sie müssen in diesen kapitalistisch wesentlichen Fragen so tanzen, wie ihr kapitalistischer Herr pfeift; denn der Umstand, dass so und so viele SP(RS)/Stalinhelden in Ministerstühlen sitzen, ändert gar nichts daran, dass der kapitalistische Staatsapparat, die reale Staatsmacht nach wie vor in den Händen der Kapitalistenklasse bleibt.

3. Allein, müssen denn die Blum, Thorez & Co vor ihren kapitalistischen Bundesgenossen einknicken? Ja, sie müssen einknicken, so oft es die kapitalistischen Interessen verlangen. Das Bündnis mit der Bourgeoisie, mit Teilen derselben, ist nur unter bestimmten Grundbedingungen zu haben. Die allerentscheidendste dieser Bedingungen ist diese: Die kapitalistische Staatsmaschine in ihrer klassenmässigen kapitalistischen Zusammensetzung darf nicht angetastet werden! d.h.: Die reale Staatsmacht muss in den Händen der Bourgeoisie bleiben, wie immer die Zusammensetzung der Regierung auch wenn diese sogar aus lauter Sozialdemokraten, "Revolutionären Sozialisten", Stalinisten zusammengesetzt ist. Mag also in der Regierung nur ein einziger bürgerlicher Radikaler sitzen oder sogar gar keiner, die Blum, Thorez & Co müssen dennoch bei jedem praktischen Schritt, der ernstlich dem kapitalistischen Interesse widerspricht, vor der Bourgeoisie zusammenknicken, sie müssen in diesen kapitalistisch wesentlichen Fragen so tanzen, wie ihr kapitalistischer Herr pfeift; denn der Umstand, dass so und so viele SP(RS)/Stalinhelden in Ministerstühlen sitzen, ändert gar nichts daran, dass der kapitalistische Staatsapparat, die reale Staatsmacht nach wie vor in den Händen der Kapitalistenklasse bleibt.

4. Doch die KP(RS)/Stalinpartei könnten der Bourgeoisie durch gesteigerte revolutionäre Massenaktionen praktische Massnahmen zu gunsten des Proletariats, der armen Kleinbürgerlichen und Kleinbürgerlichen Massen aufzwingen; sie könnten durch äusserste Steigerung der revolutionären Massenaktion letzten Endes der ganzen kapitalistischen Herrlichkeit ein Ende machen durch Zertrümmern der kapitalistischen Staatsmaschine, durch Aufrichtung der revolutionären Diktatur der Arbeiterklasse, durch Aufbau des proletarischen Staates, durch Organisation der sozialistischen Produktions- und Verteilungsordnung? Freilich könnte sie das. Die Bourgeoisie hat höllisch Angst vor solchem Handeln der Millionenmassen.

Doch nicht im Traum denken die Blum, Thorez & Co daran, so zu handeln. Die kapitalistische Staatsmaschine zertrümmern, das wollen sie überhaupt nicht, sie wollen nur die "Reinigung (Reformen) der (kapitalistischen) Verwaltung", sie wollen sie nur reinigen, reformieren, gesunden. Das gleiche gilt von den Caballero & Co. Das Proletariat darf der SP(RS)/Stalinpartei nicht zusehr auf den Mund schauen, sondern muss sie wie jede Partei in erster Linie beurteilen nach ihrem tatsächlichen Verhalten im Kampf der Klassen, nach den tatsächlichen Ergebnissen ihres Verhaltens (innerhalb eines längeren Zeitraums) für die Arbeiterklasse. Wer so prüft, der wird feststellen, dass die SP(RS) die Interessen der Arbeiterklasse und der unteren Schichten, nämlich der verkleinbürgerlichen Arbeiterbürokratie und

Arbeiteraristokratie, Ihr "Sozialismus" erstreckt sich tatsächlich nur darauf, ihre liebe Person möglichst hoch auf der kleinbürgerlichen Stufenleiter emporzuhaspeln. Dazu suchen sie die Kampfkraft der Massen auszunützen. Um die Arbeitermassen hinter sich zu locken, müssen sie ihnen gewisse Köder bieten. Insofern vertreten sie auch gewisse proletarische Tagesinteressen. Das ist der wirkliche Kern der ganzen Politik der SP(RS)/Stalinpartei, den sie mittels "sozialistischer", "kommunistischer", "reformistischer" Phrasen zu vernebeln versuchen. Sie wollen die proletarische Revolution, den Sturz der Bourgeoisie, die Aufrichtung der proletarischen Diktatur überhaupt nicht, sie sind im Gegenteil deren bewusstste Gegner, sie wollen nichts, als für sich selbst, durch Ausnützen der Massenlampfkraft einen Anteil an der kapitalistischen Macht am Schlusssal ergattern.

5. Der Leser wird einwenden, Austriacus sei tatsächlich ein Löwe, denn er schreibt doch im "Kampf": "Vorgetrieben sich innerhalb der Regierung der proletarische Einfluss, der Druck der Massen, entwickelt also die Volksfront die Tendenz einen Übergang zu bilden zwischen proletarischer Regierungsausübung im bürgerlichen Staat und wirklicher sozialistischer Regierung, dann kann der Augenblick kommen, in dem Regierung und Staatsapparat auseinanderfallen, ... Wie wir es oben in Spanien erlebt haben". Der aufmerksame Leser, der sich nicht an das Wortgeklingel hält, sondern an die Tatsachen, in die tatsächlichen Erfahrungen, Ergebnisse, zu denen die Koalitions-politik geführt hat und immer wieder führen muss, wird entdecken, dass die Löwenhaut des Austriacus nur Maske ist, hinter der sich das schlaue Kaninchen verbirgt.

Jede Koalitionspolitik, mag sie sich "Volks"frontpolitik oder wie immer nennen, muss - unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen - zwangsläufig die Kampfkraft der Arbeiterklasse schwächen; sie führt zur Absetzung der armen kleinbuerlichen und kleinbürgerlichen Massen von der Arbeiterschaft, weil den armen Mittelschichten nur durch riesige Eingriffe gegen die Kapitalistenklasse zu helfen ist (wie entschädigungslose Aufteilung des Bodens der Grossgrundbesitzer, der Kirche, der Grossbauern auf landarmen Bauern); sie muss zwangsläufig die Kampfkraft der Arbeitermassen einullen, einschläfern, ermüden, lähmen, zersetzen, weil der Millionenmasse der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der arbeitslosen sowohl wie der beschäftigten nur zu helfen ist der gigantischsten, vor nichts zurückschreckenden Eingriffe gegen die kapitalistischen Ausbeuter, durch Zertrümmerung der kapitalistischen Staatsmaschine, durch entschädigungslose Enteignung des kapitalistischen Eigentums über die Produktionsmittel und deren Verordnung in der Hand des proletarischen Staates (der proletarischen Demokratie) durch organisieren der sozialistischen Produktion und Verteilung, Denn all dies widerspricht den kapitalistischen Klasseninteressen, kann also niemals in einem Bündnis mit kapitalistischen Ausbeutern erzielt werden, sondern nur durch unversöhnlichen Kampf gegen die gesamte kapitalistische Ausbeutersippschaft.

Gerade darum sind die SP(RS)/Stalinpartei ihrer politischen Grundlinie, ihrem Klassencharakter nach überhaupt unfähig, das Proletariat, die armen Mittelmassen von der kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutung zu befreien. Das faschistische Regime ist die masserste Zuspitzung der Diktatur der Bourgeoisie, womit sie ihre Ausbeuterherrschaft, Ausbeuterwirtschaft gegen das an gesellschaftlicher Bedeutung unausgestat wachsende Proletariat behaupten will. SP(RS)/Stalinpartei schwächen nicht, sondern stärken den Faschismus, die faschistische Diktatur; weil sie durch ihre Politik zwangsläufig zur Enttäuschung der armen Mittelmassen führen, weil sie die verzweifelte Mittelmassen vom Proletariat immer mehr nach rechts stossen, weil sie die Kampfkraft des Proletariats durch ihr Bündnis mit kapitalistischen Schichten, (durch das Streben auf solches Bündnis)

Nicht die deutsche und österreichische Erfahrung von 1918-1933/34, sondern auch die spanische Erfahrung beweist das. 1931 wurde die Primo de Rivera-Diktatur durch die Massen gestürzt. Jahrelang hatten SP(Stalinpartei) Zeit, mit Hilfe der Massen - den kapitalistischen Staatsapparat wenigstens von Monarchisten und Faschisten zu reinigen; sie haben nichts, gar nichts getan, weil sie keine proletarischrevolutionäre Politik treiben, haben sie den Anarchismus nicht liquidiert, sondern konserviert; so durch ihre Schuld steht heute fast der ganze ehemalige Staatsapparat in Spanien gegen die Arbeiterklasse. Kein Irrtum, kein Fehler ist der SP/Stalinpartei damit unterlaufen! Selbst die Reinigung des kapitalistischen Staatsapparates von Monarchisten und Faschisten ist (unter den heutigen entwickelten kapitalistische Verhältnissen) niemals im Bündnis mit kapitalistischen Schichten zu verwirklichen, weil diese wissen, dass dadurch

das Haupthindernis der proletarischen Revolution geschwächt würde. Auch heute unterläuft ihnen kein Irrtum: vollkommen bewusst haben sie in Spanien die Ansätze zu selbstständigen proletarischen Machtorganen, die Komites der roten Milizen, deren Zentralkomitee, haben sie die Ansätze zur Bildung von Sowjets liquidiert, wobei ihnen auch die anarchistischen Organisationen und sogar die POUM mitgeholfen haben.

Trotz jahrelanger Unterlassungen wäre es noch immer möglich, die Franco-Banden in kurzer Zeit niederzuschmettern. Mögen die Cortes das Gesetz beschliessen: Der Boden der Grossgrundbesitzer, der Kirche wie entschädigungslos enteignet und entschädigungslos auf die armen Bauern aufgeteilt! Mögen sie eine Aufruf erlassen (durch Radio, durch Flugzettel, der Flieger usw.) an alle spanischen Dörfer richten, der die armen ländlichen Bauern berechtigt und auffordert, Komitees zu bilden, die sich in den Besitz des enteigneten Bodens setzen, ihn unter sich aufteilen und in längsten zwei Monaten sind die Franco-Banden von den rebellierenden Dorfmassen, den Milizen und den internationalen Bataillonen in Stücke zerrissen.

Doch das würde die proletarische Revolution einleiten und eben das wollen die SP(RS)/Stalinpartei überhaupt nicht. Denn das widerspricht den Interessen ihrer linkskapitalistischen Verbündeten, das widerspricht ihren eigenen kleinbürgerlichen Interessen. Das Bündnis mit der Linksbourgeoisie, die "Volks"front, die Koalition geht ihnen über alles, auch über die proletarische Revolution. Sie wollen nicht die proletarische Revolution, sondern abarbeiten ihr vollkommen bewusst entgegen, worüber sie die Massen durch "sozialistische", "kommunistische", "reformistische" Phrasen zu täuschen suchen; sie wollen vollkommen bewusst die kapitalistische Ausbeuterherrschaft, Ausbeuterwirtschaft aufrecht erhalten, nur soll sie nicht faschistisch, sondern demokratisch ausgebeutet werden, d.h. in solcher Form, dass die Bourgeoisie der sozialdemokratisch-stalinischen Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie, die den Massen gegenüber als SP(RS)/Stalinpartei auftritt, einen Anteil an der kapitalistischen Macht und am kapitalistischen Raub einräumt,

V. Schluss mit der kapitalistischen Schaukel.

Die Ereignisse werden immer härter sprechen und eine immer grössere Zahl von den besten, kampfgewilltesten Arbeitern zum Prüfen, zum Überdenken zwingen. Die fortschreitende Verschärfung aller Gegensätze, wird alle heute so verwickelten, schwer durchsichtigen Fragen aus Mäusserste aufspitzen und gerade dadurch vereinfachen. So werden immer mehr Arbeiter das von der Bourgeoisie angewendete Herrschaftssystem der politischen Schaukel durchblicken.

Wenn die grossen Massen in aufsteigender revolutionärer Stimmung dann abt die Bourgeoisie ihre Herrschaft aus durch die kleinbürgerlich-demokratischen Parteien, die SP(RS)/Stalinpartei, solange diesen grosse Arbeitermassen folgen.

Nachdem durch die kleinbürgerlich-demokratische Politik die armen Mittelmassen sich von der Arbeiterklasse enttäuscht abwenden, nachdem die Arbeiterklasse selbst, durch diese Politik genügend zermatet ist, dann greift die Bourgeoisie zur Politik der offenen kapitalistischen Diktatur, letzten Endes zum faschistischen Regime.

Sobald ihr faschistischer Kurs die Mittelmassen soweit enttäuscht hat, dass sie sich wieder der Arbeiterklasse nähern; sobald sich die Arbeitermassen nach der faschistischen Katastrophe wieder beleben und schliesslich wieder in revolutionäre Stimmung geraten, dann schließt die Bourgeoisie zur Stützung ihrer Ausbeuterherrschaft wieder die kleinbürgerlich-demokratischen Parteien vom Schlage der SP(RS)/Stalinpartei heran, sofern und solange sie Arbeitermassen hinter sich haben. Wenn dann wieder die Mittelmassen von der kleinbürgerlich-demokratischen Politik der SP(RS)/Stalinpartei enttäuscht sind, dann nimmt die Bourgeoisie wieder Kurs auf die faschistische Diktatur und so fort.

Dieses politische Schaukelspiel kann sich mehrmals wiederholen und wird sich unvermeidlich wiederholen mit immer wiederkehrenden politischen Katastrophen für die Arbeiterklasse, solange sich die Arbeiterschaft linkskapitalistisch (bürgerlichdemokratisch) führen lässt, solange sie also den kleinbürgerlichdemokratischen Parteien folgt. Die Arbeiter müssen dieses politische Schaukelsystem der Bourgeoisie, womit sie ihre Herrschaft immer wieder aufrecht erhält durchbrechen; sie dürfen sich nicht als Hilfskraft für die Bourgeoisie einspannen lassen, sondern sie müssen der gesamten Bourgeoisie und allen ihren kleinbürgerlichen Helfern entgegengesetzten Arbeiterpolitik, proletarische Klassenpolitik, das ist prole-

SP(RS) grundätzlich abzugrenzen. Wir fordern sie auf, das schleunigst nachzuholen! Es ist überaus bezeichnend, dass die RK wohl die Stalinpartei kritisieren, dagegen die RS fast gar nicht.

2. Nun zu den "genau zu bestimmenden Voraussetzungen", unter denen nach den RK Führern der Eintritt einer proletarisch-revolutionären Gruppe in die SP/RS (in die Stalinpartei, in die sozialdemokratisch-stalinische Einheitspartei) prinzipiell zulässig sein soll.

a. "Aufrechterhaltung des Programms".

"Sie (die Gruppe) tritt nur aus taktischen Erwägungen bei. Ohne ihr Programm preiszugeben, erklärt die Gruppe ihren Beitritt, ohne aufzuhören, die Partei, der sie beigetreten sind zu kritisieren und ihrem opportunistischen Programm unser revolutionäres Programm entgegenzustellen", heisst es in der "Information".

Eine Vorbemerkung. Wir haben nicht gezweifelt und zweifeln auch heute nicht, dass Trotzky, dass die Trotzkyisten in der besten Absicht, der revolutionären Sache zu nützen, den organisatorischen Beitritt trotzkyistischer Gruppen in die SP bewerkstelligen. Diese ehrliche Absicht ist sicher von Bedeutung. Indem wir das anerkennen, geben wir damit der Überzeugung Ausdruck, dass es sich um revolutionär gestimmte, irrende Elemente handelt, mit denen ein Zusammenkommen in der Zukunft möglich ist, wenn sie mit Hilfe der Kritik der proletarischen Revolutionäre aus den weiteren Erfahrungen lernend ihren Linkszentrismus überwunden haben. Für die Politik, dem Kampf der Klassen sind jedoch nicht massgebend die inneren ehrlichen Absichten, sondern die vor den Massen vertretenen Ansichten, Absichten, letzten Endes die tatsächliche Wirkung, Ergebnisse, des eigenen politischen Verhaltens, Handelns für die Arbeiterklasse, für die proletarische Revolution.

Bei ihrem Eintritt in die SP hat die trotzkyistische Liga Frankreichs vor den Massen wörtlich erklärt: "Wir treten ohne jeden Hintergedanken in die SP ein". Die Tätigkeit der Trotzkyisten in der SP bestand darin, die sozialdemokratischen Führer, die sozialdemokratische Politik zu kritisieren und die sozialdemokratische Partei dahin zu bringen, revolutionäre Politik zu treiben, Politik nach revolutionärem Programm. Sie haben die SP als Partei vor den Arbeitern keineswegs verneint, sondern ihre ganzen Bemühungen gingen dahin, die sozialdemokratischen Arbeiter zu mobilisieren zur Umwandlung der SP in eine revolutionäre Partei, zur Reform, zur Gesundung der SP. Ihre inneren Absichten wären ehrlich revolutionär, aber in ihrem tatsächlichen Verhalten vor den Massen kämpften sie nicht für die Liquidierung, sondern für die Reformierung, Gesundung, Stärkung der SP. In der Tat war das die Auswirkung ihres Verhaltens: sie haben die revolutionäre Sache geschwächt, sie haben den kleinbürgerlichdemokratischen Verratsparteien der SP(RS)/Stalinpartei und damit letzten Endes der Bourgeoisie in die Hände gearbeitet.

So wie in Frankreich, so handelten die trotzkyistischen Gruppen in allen Ländern, wo sie der SP beigetreten sind, in Belgien, in der Schweiz, in Polen, in Amerika usw. und auch in Spanien. So handeln alle diese in der SP aufgegangenen Trotzkyisten noch heute, soweit sie nicht nach getanem Dienst, wie zum Beispiel in Frankreich von der sozialdemokratischen Bürokratie hinausbefördert worden sind.

Das "Aufrechterhalten des Programms" in der SP durch die trotzkyistischen Liquidatoren schaut also so aus, dass sie mit dem Mund in der ehrlichsten Absicht sehr viel vom proletarisch-revolutionären Programm schwätzen, dass sie jedoch durch ihr tatsächliches Verhalten in Wirklichkeit dem kleinbürgerlichdemokratischen Programm dienen, welches die Arbeiter kleinbürgerlich verführt, sie an den Wagen der Bourgeoisie kettet. Mit einem Wort: Die trotzkyistischen Gruppen erfüllen nicht die führende Rolle der Organisation der proletarischen Revolutionäre, die von sich aus Fraktionen in der SP(RS)/Stalinpartei organisiert, lenkt (zu diesem Zweck einen Teil ihrer Mitglieder hinein entsendet), sondern die Trotzkyisten besorgen die Rolle einer linkssozialdemokratischen Opposition und zwar nicht einer, die die sozialdemokratischen Arbeitermassen zur proletarisch-revolutionären Position überleitet (was nur möglich ist unter Anleitung der organisatorisch selbstständigen und unabhängigen Organisation der proletarischen Revolutionäre!), sondern in ihrer sozialdemokratischen Parteitreuere bestärkt, den revolutionären Prozess nicht fördert, sondern hemmt.

b. "Ideologische Verfassung".

"Die Gruppe muss so fest sein, dass Zersetzung ausgeschlossen ist, ansonsten ist der Eintritt unzulässig", sagt die "Information", in Wirklichkeit hat in allen Ländern der Eintritt trotzkystischer Gruppen in die SP zur Spaltung der trotzkystischen Gruppen geführt. Die proletarischen Revolutionäre in den verschiedenen Ländern haben diese opportunistische Schweinerei nicht mitgemacht, sondern kämpfen als organisatorisch selbstständige politische Organisation auf der proletarischen Klassenlinie.

a. "Klare Perspektive".

"Es wird, soll, muss zum Bruch, zum Ausschluss kommen, doch müssen wir den Zeitpunkt bestimmen: Auf die Perspektive kommt es an: erfolgt der Beitritt mit der Perspektive der Gesundheit, dann ist er unzulässig - erfolgt er unter der Perspektive der Spaltung, des unvermeidlichen Bruches, dann ist er zulässig", schreibt die "Information".

In Frankreich und Belgien sind die Trotzkysten aus der SP bereits hinausgefliegen. Nicht sie haben den Zeitpunkt des Bruches bestimmt, sondern die SP Bürokraten. Dadurch, dass die revolutionäre Organisation ihre organisatorische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit aufgibt, gibt sie ihre führende Rolle preis, verliert sie die Möglichkeit, zu eigenem Gunsten zu handeln, verliert sie tatsächlich die proletarisch-revolutionäre Initiative. Das ist eine der fundamentalsten Grundsätze der politischen Mechanik.

Ganz anders, wenn die Organisation der proletarischen Revolutionäre ihre organisatorische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit bewahrt und Fraktionen in der SP(RS)/Stalinpartei organisiert, zu diesem Zwecke einen Teil ihrer Mitglieder dahin entsendet. Hier können sich die kleinbürgerlichen SP(RS)/Stalin-Bürokraten wenden wie sie wollen; bei richtiger Taktik der proletarischen Revolutionäre ist diesen der Erfolg sicher. (Das gleiche gilt gegenüber alle zentristischen Organisationen wie SAP)..

Massgebend ist nicht die Perspektive, die man noch so ehrlich im Innersten seines Busens hegt, sondern die Perspektive, die man vor den Massen vertritt und beim Eintritt in die SP vertreten muss. Die revolutionäre Gruppe, die organisatorisch in die SP eintritt und in ihr wirkt, die muss, um sich in der SP zu halten, jeden Angriff unterlassen, der die SP als Partei angreift; sie ist gezwungen, vor den Massen so aufzutreten, als gehe es ihr darum, die SP als Partei zu reformieren, zu gesunden, zu stärken, nicht auf die innere, sondern auf die vor dem Proletariat tatsächlich vertretene Perspektive kommt es an und auf die unvermeidliche Auswirkung dieses Verhaltens.

Etwas anderes als der Eintritt, die organisatorische Eingliederung, ist das Bündnis. Der Eintritt der selbstständigen Organisation der proletarischen Revolutionäre in die SP(RS)/Stalinpartei ist vom proletarischen Klassenstandpunkt grundsätzlich unzulässig. Dagegen das Bündnis mit diesen kleinbürgerlichdemokratischen Parteien ist grundsätzlich zulässig und unter bestimmten Bedingungen, wie am Beispiel den heutigen, eine taktische Notwendigkeit, schliesslich durch Kampf verwirklicht, durch Mobilisierung des Massendrucks erzwungen werden muss. Die Grundvoraussetzung zu jeder Bündnispolitik jedoch ist die unbedingte organisatorische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Organisation der proletarischen Revolutionäre.

d. Die Ausrede auf unseren "Dogmatismus".

Wenn die Verratsparteien kein Argument mehr wissen, so erklären sie die proletarischen Revolutionäre als Sektierer. Wenn die Rechtszentristen (SAP und dergleichen) nichts anderes mehr wissen, so erklären sie, ihnen seien die proletarisch-revolutionären Prinzipien keine - Axiome. . . . Linkszentristen, wie die trotzkystischen "RK", wenn sie nicht mehr ein und aus wissen, erklären die proletarischen Revolutionäre als "Dogmatiker". . . .

Dogmen sind aus den Fingern gesogene, phantastische Sätze des Glaubens. Dagegen die proletarisch-revolutionären Prinzipien sind nicht Sätze des Glaubens, sondern des Wissens, der Wissenschaft, der marxistisch-leninistischen Wissenschaft. Sie sind aus den tatsächlichen, gemeinsamen, dauernden, grundlegenden, kapitalistischen Lebens- und Kampfbedingungen der Weltarbeiterschaft abgeleitet. Es sind Grundsätze, die jeder Arbeiter aus eben diesen kapitalistischen Lebens- und Kampfbedingungen seiner Klasse mittels folgerichtigen Denkens jederzeit nachprüfen, ableiten kann.

Einer der fundamentalsten proletarischrevolutionären Prinzipien ist der Grundsatz der führenden Rolle der proletarischen Klassenpartei. Die Führer der proletarischen Revolutionspartei (der Organisation der proletarischen Revolutionäre) haben deren politische, ideologische und organisatorische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit absolut und unter allen wie immer gearteten Umständen zur unumgänglichen Grundbedingung. Mit demerede über den angeblichen Dogmatismus der proletarischen Revolutionäre, suchen die trotzkystischen Linkszentristen ihren Opportunismus zu verdecken, mit dem sie sich durch Billigung des Eintritts trotzkystischer Gruppen in die SP über alle marxistisch-leninistischen Grundprinzipien hinwegsetzen und sich die Tür offenhalten, den gleichen opportunistischen Schritt zu tun.

(Axiome sind von aller Erfahrung unabhängig aufgestellte, unbewiesene, unbeweisbare unverrückbare Grundsätze. Die proletarischrevolutionären Prinzipien sind keine Axiome, denn sie sind aus der Erfahrung der Arbeiter abgeleitete Grundsätze, aus ihren tatsächlichen, gemeinsamen, dauernden, grundlegenden Lebens- und Kampfbedingungen unter dem Kapitalismus. Dagegen sind die proletarischrevolutionären Grundsätze - solange die kapitalistischen Bedingungen auf der ganzen Erde nicht bis auf den letzten Rest überwunden sind - in der Tat unverrückbar. Gerade diese ihre Unverrückbarkeit ist den schwankenden Heulen der SAP und Konsorten ein Dorn im Auge. Sie machen Politik nach verrückbaren "Prinzipien", eine opportunistische Politik und suchen das zu bewerkstelligen durch Gezetzer, dass sie sich an keine Axiome binden).

III. Die angeblichen Erfolge des Trotzkismus.

Schliesslich überufen sich die RK Führer auf die angeblichen Erfolge des Trotzkismus in Frankreich. Erstens einmal muss die Auswirkung des trotzkystischen Purzelbaums international gemessen werden. Da zeigt schon die dadurch herbeigeführte Spaltung der proletarischrevolutionären Gruppen in allen Ländern den grossen Schaden. In Wirklichkeit ist der Schaden bei weitem grösser, eben die ganze Linksentwicklung der Arbeitermassen wurde dadurch aufgehalten. Die Sozialdemokraten sagen sich: wozu der SP den Rücken kehren, da die Trotzkysten selbst ihr beitreten?! - Die Stalinarbeiter sagen sich: wohin sollen wir gehen? Die Trotzkysten treten der SP bei, also bleiben wir bei der Stalinpartei.

Schaut man nun nach Frankreich, so sind die Ergebnisse nicht besser. So wie die Rechtsbourgeoisie, alles, was ihr nicht in den Kram passt, als "kommunistisch" bezeichnet, mag es noch so wenig mit dem Kommunismus zu tun haben, so ist der Linksbourgeoisie und ihren SP(RS)/Stalinparteien alles, was ihr nicht in den Kram passt, trotzkystisch, mag es mit der proletarisch revolutionären auch gar nichts zu tun haben. Man darf sich nicht durch diesen Bluff nicht irreführen lassen. Am liebsten lassen sich dadurch die Trotzkysten selbst täuschen, weil so nach Art der "kommunistischen Erfolge" in China "trotzkystische Erfolge" in Frankreich herauskommen, an die sie umso lieber glauben, als dadurch ihr Opportunismus gerechtfertigt erscheint. (Man darf überdies nicht übersehen, dass selbst eine gewisse Zunahme des trotzkystischen Anhangs in Frankreich, die bei der beginnenden Enttäuschung der Massen über die SP/KP Politik durchaus möglich ist, kein Beweis für die Richtigkeit ihrer Politik vom proletarischen Klassenstandpunkt: Nach der österreichischen Februarkatastrophe ist der Anhang der Stalinpartei bedeutend emporgeschnellt, war ein Grossteil der Arbeiter, zwar die offenkundig Bankrottrolle der SP erkannte, aber nicht in der Lage, die viel verwickeltere Frage der verräterischen Hilfsrolle der Stalinpartei schon jetzt zu durchschauen). Überdies: Anhang gewonnen durch opportunistisches Verhalten führt in keinem Fall zur Verstärkung der proletarischrevolutionären Front.

IV. Die "Arbeiterparteien" des Trotzkismus.

Derselbe Trotzky, der den von der Stalinbürokratie 1926 erzwungenen Eintritt der KPChinas in die Kuomintang als die Grundursache der Katastrophe der chinesischen Revolution so richtig aufgezeigt hat, hat 1934 die trotzkystischen Gruppen zu demselben grundsätzlichen Fehler angeleitet.

Allein ist nicht die SP eine - Arbeiterpartei?! Zwischen Kuomintang und SP gibt es viele Unterschiede, so wie es eben grundlegende Unterschiede zwischen Grossbürgertum und Kleinbürgertum, zwischen grossbürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien gibt. Mag deren proletarischer Mas-

senanhang, mag deren proletarische Mitgliedschaft noch so gross sein, das macht weder die kapitalistische, noch die kleinbürgerliche Partei zu einer Arbeiterpartei. Der trotzkystische Opportunismus in der Frage der Partei hängt auf das Engste zusammen mit der opportunistischen Einschätzung des Klassencharakters der SP(RS)/Stalinpartei durch den Trotzkismus.

Dass die SP(RS)/Stalinpartei sich selbst als Arbeiterpartei bezeichnen, ausgeben, hat seinen guten Grund. Es ist dies eines der Mittel, womit sie die Arbeiter ködern, täuschen. Wenn sie sich offen als das ausgeben, als das, was sie sind, als kleinbürgerliche Parteien, so wäre es ihnen viel, viel schwerer, sich grosse Massen von Arbeitern als Gefolgschaft zu halten.

Der Grossteil der Arbeiter glaubt, trotz aller bisheriger Erfahrungen noch immer daran, in diesen Parteien tatsächlich Arbeiterpartei vor sich zu haben, welche in der besten Absicht geirrt haben, vielleicht noch heute in dieser oder jener Frage irren, die aber aus den Fehlern gelernt haben und lernen, welchen Prozess es eben zu fördern gälte. Es ist nicht Aufgabe der proletarischen Revolutionäre, die Arbeiterschaft in diesem, ihnen verhängnisvollen Irrglauben zu bestärken, sondern im Gegenteil, sie dazu anleiten, das Wesen einer Partei nicht nach der Firma zu beurteilen, die sie sich beilegt, nicht nach deren Etiketten, Phrasen, Ködern, sondern nach deren tatsächlichen Verhalten, nach der Grundlinie ihres gesamten politischen Verhaltens, letzten Endes nach den sich (innerhalb längerer Zeit) zeigenden tatsächlichen Wirkungen, Ergebnissen dieses Verhaltens für die Arbeiterklasse, für die proletarische Revolution.

Gerade darin besteht heute die Grundaufgabe der proletarischen Revolutionäre, den Arbeitern immer wieder an der Hand der lebendigen Erfahrungen zu zeigen, zu beweisen, dass SP(RS)/Stalinpartei überhaupt nicht Arbeiterpartei sind; dass die Grundursachen der Katastrophen von 1933/34, dass die Grundursache des gegenwärtigen ungeheuren Tiefstands der Sache der Arbeiter eben darin wurzelt, dass die Arbeiter die Arbeiterpartei überhaupt nicht haben; dass die Grundaufgabe, vor der die Arbeiterschaft heute steht, eben die ist, die Arbeiterpartei überhaupt erst zu schaffen!

Obwohl ihre Politik die Arbeiterschaft zu den Katastrophen 1933/34 geführt hat, setzen SP(RS)/Stalinpartei der Grundlinie nach dieselbe Politik fort. Sie irren nicht, sie sind eben nicht Arbeiterpartei, sondern sind kleinbürgerliche Parteien. Sind Parteienorganisationen der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie, welche Arbeitermassen zu sich, hinter sich locken, um deren Kampfkraft für die eigennützigen Interessen, eben dieser verkleinbürgerlichten Schichte parasitisch auszunützen. Als kleinbürgerlichdemokratische Parteien spannen sie die Kraft der ihnen folgenden Arbeitermassen vor den demokratischen (kapitalistischen) Wagen, dienen sie letzten Endes der Bourgeoisie, führen sie und müssen sie die Arbeitersache immer wieder in den Abgrund führen.

Die RK suchen sich um diese Fragen in der Weise zu drücken, dass sie nun (im Bolschewik Nummer 13) die SP bis zum Februar als kleinbürgerliche Partei, dagegen die RS als "versöhnlerische Organisation" bezeichnen. Damit bringen sie aber indirekt zum Ausdruck, dass die RS nach ihrer keine kleinbürgerliche Partei, sondern eine versöhnlerische Arbeiterpartei sei und - unterstützen so zugleich jenen Schwindel, der den Arbeitern vortäuscht, die RS sei etwas anderes als die SP, während sie in Wirklichkeit dieselbe Bankrottpartei, dieselbe Verratspartei ist, nur unter einer neuen Schwindelfirma.

V. Die RK auf dem Wege in die RS I

Das grundsätzliche Verhalten zum Klassenfeind des Proletariats, zur Bourgeoisie, ist der erste Prüfstein für eine wahrhaft proletarischrevolutionäre Grundeinstellung. Erst wer sich in dieser Grundfrage von der SP(RS)/Stalinpartei im Angesicht der Arbeiterschaft prinzipiell abgrenzt, beginnt den Weg zur proletarischrevolutionären Politik zu beschreiten. Hören wir darüber die RK Führer (Bolschewik Nr 13): "Ein vorübergehendes Kampfbündnis mit einer linksbürgerlichen Gruppe gegen den Faschismus wäre unter gewissen Bedingungen zulässig....." "Sie (die Revolutionäre) können mit einer linksbürgerlichen Regierung ein vorübergehendes Abkommen militärischer Natur treffen, um eine unmittelbar drohende "konterrevolutionäre Gefahr abzuwenden", sagen diese - mit Verlaub - "revolutionär kommunistischen" Führer..... Jedes Bündnis ist "vorübergehend", dies Ausrede zählt nicht.

Hier sind die RK Führer, die sich selbst Trotzkyisten nennen, sogar im Widerspruch mit - Trotzky. Dieser verwirft mit Recht die französische, aber auch die spanische "Volks"front, überhaupt jedes Bündnis mit der Bourgeoisie, auch ein Bündnis mit der Linksbourgeoisie (unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen) grundsätzlich als Verrat an der Arbeiterklasse, als Verrat an der proletarischen Revolution. (Allerdings handelt selbst Trotzky dieser prinzipiell richtigen ideologischen Einstellung praktisch dadurch dagegen, dass er trotzkyistische Gruppen zum Eintritt in die SP anleitet, wodurch diese die sozialdemokratische Koalitions politik durch ihr tatsächliches Verhalten in Wirklichkeit unterstützen).

Wer ein Kampfabkommen mit der Linksbourgeoisie gegen die akute faschistische Gefahr schliesst, der öffnet der Koalitions politik der SP (RS)/Stalinpartei grundsätzlich Tor und Tür. So handeln bewusst oder unbewusst Agenten der RS innerhalb ehrlich revolutionär gestimmter Arbeiter. In der Tat, nach diesem Artikel des "Bolschewik" (Nr 13) können die Führer der RK politisch nicht anders gewertet werden denn als Agenten der RS innerhalb der RK. Mit diesem Artikel bereiten sie das Verführen der RK zum Eintritt, zur organisatorischen Eingliederung in die RS politisch vor.

Krampfhaft sucht der "Bolschewik" diese seine Einstellung abzugrenzen von der stalinschen "Volks"front politik, die er mit Recht als Verrat brandmarkt. Aber das Wesentliche, Verräterische der stalinsche "Volk" - front politik (sie ist in Wirklichkeit zugleich gut sozialdemokratisch und auch die RS kreischt ihr Beifall), sieht der "Bolschewik" darin, dass Stalinisten, Sozialdemokraten und Linksbürgerliche darin auf derselben prinzipiellen Basis der Landesverteidigung stehen.... Die "Volks"front politik sei Tolerierung einer kapitalistischen Regierung.... Die französische "Volks"font sei kein Abkommen gegen eine akute faschistische Gefahr und darum sei sie verwerflich.... Welch hirnrissiges Geschwätz! Die französische (und auch die spanische) "Volks"front ist der ernstesten Absicht der SP (RS)/Stalinpartei nach tatsächlich ein Abkommen gegen die akute faschistische Gefahr; der Verrat liegt darin, dass durch das Bündnis mit einem Teil der Bourgeoisie der Faschismus nicht beseitigt werden kann, sondern ihn im Gegenteil letzten Endes der Weg zum Sieg gebahnt wird. Das Verbrecherische dieser Politik ist zum Verrat geworden, nachdem die deutschen und österreichischen Erfahrungen die unvermeidliche Auswirkung der Koalitions politik in blutigen Katastrophen handgreiflich erwiesen hat.

Nicht nur die "Volks"front politik, sondern jedes Bündnis mit einem Teil der Bourgeoisie bedeutet aktive Unterstützung, mindestens aber Tolerierung einer kapitalistischen Regierung, Koalition, Zusammenwirken, Zusammenarbeiten, Block, Kartell, "Volks"front usw., das sind nur verschiedene Bezeichnungen für ein und dasselbe Ding, nämlich für das Bündnis mit der Bourgeoisie oder einem Teil derselben. So verräterisch das bezien der kapitalistischen Landesverteidigung, so liegt doch die Wurzel des Verrats, der an der Arbeiterklasse durch das Bündnis mit der Bourgeoisie, mit einem Teil derselben (etwa mit der Linksbourgeoisie) beangegangen wird, viel tiefer; Es ist eine Bündnis mit dem Klassenfeind (mit Teilen desselben), dessen (deren) Klasseninteressen den proletarischen Klasseninteressen schnurstracks widersprechen, die nicht in einem einzigen Punkt gemeinsame Interessen haben, auch nicht vorübergehend, das aber ist die Grundvoraussetzung eines jeden Bündnisses. Gemeinsame Interessen bestehen in der Koalition, in der "Volks"front usw nur zwischen der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie und der Linksbourgeoisie; die Arbeiterschaft aber ist dabei nur der Wurzel, der dazu ausgenutzt wird, diesen Schichten die Kastanien aus dem Feuer zu holen und der eben dadurch letzten Endes der Gesamtbourgeoisie dient.

VI. Seit auf der Wacht! Prüft gründlich!

Unsere Einschätzung des österreichischen Regimes ist bekannt. Es war bis zum deutsch-österreichischen Übereinkommen vom 11. Juli 1936 ein bonapartistisches Regime. Seither hat die österreichische Bourgeoisie den Weg der Heranziehung der Nazis und damit tatsächlich den faschistischen Weg beschritten. In diesem Sinn haben wir seit dem 11. Juli 1936 in Österreich bereits die faschistische Diktatur. Die in jüngster Zeit erfolgte Genehmigung des Österreichischen Volksvereins zur Verbreitung "völkischen Geistes" in Österreich spricht eine deutliche Sprache.

Die RK Führer verzapfen demgegenüber in ihrer "Information" folgenden Standpunkt: "Der 12. Februar (1934) hat wesentlich zur Zersetzung des österreichischen Faschismus beigetragen". Zur Zersetzung!!!... Der "Bolschewik" (Nr 13) schreibt: "Innerpolitisch hat sich das vaterländisch-faschistische Regime auf Kosten der Nazis gefestigt". Mit diesem aberwündigen Unsinn, der den handgreiflichsten Tatsachen widerspricht, uns auseinander zu setzen, können wir uns füglich ersparen, aus dieser grundfalschen Einschätzung spricht die kindliche Einfalt dieser "Führer". Sie wollen Führer spielen um jeden Preis, sie wollen eine eigene Gruppe spielen um jeden Preis. Klopft man ihnen vor der Arbeiterschaft auf die Finger, so führen sie einen opportunistischen Eiertanz auf, um ihren Widerspruch, die vollkommenen Haltlosigkeit ihrer politischen Position zu vernebeln.

Doch die Zeiten sind zu ernst, die furchtbaren Geburtswehen der proletarischen Revolution, die das Herausbilden der proletarischen Klassenpartei zur dringendsten Aufgabe machen, vertragen keine Spielereien, keinen Eiertanz, keine Schonung mit "Führern", die durch die Art und Weise, wie sie die ernstesten Fragen behandeln, beweisen, dass sie unernt, dass sie Hemmnisse sind des revolutionären Prozesses, ja dass sie letzten Endes Agenten der RS in den Reihen der ohnehin revolutionär bestimmten Mitglieder der RK sind.

All diese Mitglieder rufen wir zu: Lasst euch nicht in die RS verführen! Seht auf der Wacht! Ihr habt zu prüfen begonnen, prüft weiter, an der Hand der Ereignisse, an der Hand unserer Kritik! Prüft gründlich, sehr gründlich, so nur werdet ihr schliesslich den richtigen Weg finden!

~~~~~

#### Der Japanische Vulkan.

Der Kampf zwischen der Militärpartei und den kapitalistischen Parteien der Grossgrundbesitzer und der Kapitalisten in Japan widerspiegelt viel tieferliegende Gegensätze, aus Massereste ausbeutet, loben Millionen der armen Bauern und die 6½ Millionen japanischer Arbeiter am Rande des Abgrunds, Japan hat die Revolution im Leib. Die Militärpartei sucht den Ausweg in schärfster imperialistischer Politik, die in kürzester Zeit zum Raubkrieg gegen Sowjetrussland führen muss. Die Partei der Grossgrundbesitzer, der Bank-, Industrie- und Handelsmagnaten sieht, dass diese Politik die wirtschaftlichen Kräfte Japans bei weitem überspannt, sie sucht den Ausweg in einer vorsichtigeren Raubpolitik, so oder so, Japan wird der Revolution nicht entgehen; ohne Krieg und erst recht durch den Krieg

~~~~~

Die "Preissenkungsaktion".

Unter diesem Titel hat die Bourgeoisie den Milch- und Zuckerpreis um einige Groschen ermässigt. Die Milch- und Zuckerkapitalisten haben im Laufe der Jahre ihren Produktionsapparat stark ausgebaut, zugleich aber senkt die Gesamtbourgeoisie die Konsumkraft der Massen immer tiefer. Die "Preissenkungsaktion" soll den Milch- und Zuckerbaronen helfen, ihre gesteigerte Produktion noch immer mit grossen Profit an die, in ihrer Kaufkraft geschwächten Massen anzubringen, sie ist in Wahrheit eine Profithilfsaktion.

In der neusten Zeit wird diese Aktion in anderen Formen fortgesetzt. Ein Ukas forderte die kleinen Milchproduzenten von Wien und Umgebung auf, ihre kleinen Betriebe zwecks Stilllegung den Molkereigrossbetrieben "freiwillig" zu verkaufen, willigenfalls diese nach dem 1. März zwangsweise erfolgen werden. 160 Milchkleinbetriebe sollen so stillgelegt werden, damit die grossen Milchkapitalisten ihre Riesenprofite weiter behaupten.

Bisher hat die Bourgeoisie ihre Offensive gegen die Mittelschichten fast nur indirekt geführt! Indem sie den Raubfeldzug gegen das Proletariat vorwärts treibt, indem sie das Realeinkommen der Arbeiter, der Angestellten, Beamten immer tiefer senkt, trifft sie weiterwirkend die Mittelmassen, die ja in der Hauptsache in diesen proletarischen Schichten die Abnehmer ihrer Waren haben. Schon die jüngst verordnete Aufhebung des Pächterschutzgesetzes war solch ein offener Angriff. Vom Molkereigesetz gilt das in noch höherer Masse. Die gesamten Mittelschichten fühlen sich dadurch bedroht. In der Tat, was heute den kleinen Milchproduzenten zu Gunsten der Milchbaronen geschieht, das kann morgen z.B. den Schu stern zu Gunsten der Schuhmagnaten geschehen. Die Aufregung darüber in den Mittelschichten war so gewaltig, dass sich die Bourgeoisie gezwungen sah,

Arbeiterschaft für ihre eigenen Interessen", während sie durch Caballero (durch SP/Stalinpartei) in Wirklichkeit für die Interessen der Links - Bourgeoisie ausgewurzt, reopfert werden. Wer das Bündnis mit der Bourgeoisie (oder mit einem Teil derselben) unter welchen Formen immer nicht grundsätzlich verwirft, wer sich in Wirklichkeit auf dieser Linie bewegt, der bekämpft gewissen Formen der bürgerlichen Politik (z.B. den faschistischen Kurs), aber der bekämpft keineswegs die Bourgeoisie als solche, ist also auch ausserstande, wirksam die imperialistische Kriegsgefahr zu bekämpfen oder gar den imperialistischen Krieg in die proletarische Revolution umzuwandeln.

Stalinsche Spaltungsarbeit.

Nach der Feberkatastrophe wollten die Schutzbündler den Schutzbund als proletarische Einheitsfrontorganisation, d.h. sie sollte alle Arbeiter umfassen, die ernstlich bereit sind, mit der Waffe in der Hand gegen die Bourgeoisie, mindestens aber gegen den Faschismus zu kämpfen, auf dem Boden revolutionärer Aktionsdisziplin, bei Wahrung des Rechtes auf gegenseitige Kritik und des Rechtes auf Propaganda, SP(RS)/Stalinpartei kämpfen wohl gegen den Faschismus, aber nicht gegen die Bourgeoisie, sondern im Gegenteil um das Bündnis mit der Bourgeoisie herzustellen. Beide Parteien sind daher bewusst darauf aus, den Schutzbund als proletarische Einheitsfrontorganisation zu liquidieren und in Parteigarden zu verwandeln für ihre Koalitions-, "Volks"front-, Verratspolitik. Die RS(SP) tat dies in der Weise, dass sie den Schutzbund spaltete, ihre Mitglieder daraus zurückzog und eine selbständige RS(SP)-Parteigarde aufzubauen begann. Die Stalinbürokratie hielt nach aussen den Schein eines angeblich autonomen Schutzbundes aufrecht, setzte aber alles daran, ihn tatsächlich in eine stalinistische Parteigarde zu verwandeln.

In einem Wiener Bezirk bekennt sich die überlebene Mehrheit der Schutzbundorganisation schon seit mehr als zwei Jahren zur proletarisch-revolutionären Linie, das ist zur Linie des Kampfbunds. Diese überlebene Mehrheit hatte den ausschlaggebenden Einfluss in der Bezirksleitung und sie beeinflusste die Schutzbundzeitung des Bezirkes selbstverständlich in proletarisch-revolutionären Sinn. Die Schutzbundzeitung dieses Bezirkes gab der revolutionären Kritik über die Verratspolitik der SP(RS)/Stalinpartei fortlaufend offenen Ausdruck und zeigte immer wieder den positiven Weg. Das war der Stalinbürokratie ein Dorn im Auge und sie setzte die ganzen Jahre hindurch Himmel und Hölle in Bewegung, um das zu ändern. Doch alle ihre Tricks, Lügen, Verleumdungen, Giftmischereien vermochten das Vertrauen der grossen Mehrheit der Schutzbundgenossen des Bezirkes zur proletarisch-revolutionären Führung des Bezirkes nicht zu erschüttern. So hat die Stalinbürokratie schliesslich zur Spaltung gegriffen. Die Rote Fahne (Nr 14) hetzte, kreischte: "Sie (die proletarischen Revolutionäre) müssen mit Stumpf und Stiel aus der Arbeiterbewegung entfernt werden!" Eine kleine Minderheit, die $\frac{1}{4}$ der Bezirksorganisation umfasste, die Schutzbündler, die der Stalinbürokratie blind, kritiklos, ohne zu prüfen, nachzulaufen, liessen sich dazu verführen, die $\frac{3}{4}$ Mehrheit der Organisation - "auszuschliessen" und zwar als - "Agenten des Faschismus". Die verräterische Stalinbürokratie will frei sein von jeder proletarisch-revolutionären Kontrolle. Die stalinistische Stadtleitung, die eigentliche Drahtzieherin dieser Gaunerei, hat dieses Manöver provoziert, organisiert und ihm den Segen erteilt.

Die Schutzbundorganisation dieses Bezirkes hat dieser Tage eine Vollversammlung abgehalten. Mit allen gegen zwei Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, hat sie die Auflösung der Bezirksorganisation beschlossen. Mit allen gegen eine Stimme hat die Vollversammlung beschlossen, den "Kampfbund" mit allen Kräften zu unterstützen, damit die Voraussetzung geschaffen für die Gründung der proletarischen Klassenpartei und für das Entstehen einer proletarisch-revolutionären Militärorganisation. Gleichzeitig hat die Vollversammlung das gesamte Vermögen der Bezirksorganisation dem "Kampfbund" gewidmet und zwar: S 286, -- Bargeld, eine Schreibmaschine und zwei Abziehapparate. Die Übergabe ist bereits erfolgt, was wir hiemit bestätigen.

Der Beschluss der Vollversammlung war vollkommen richtig. Es wäre politisch falsch gewesen, sich jetzt als eigene Militärorganisation aufzutun. Ebenso wäre es politisch falsch gewesen, als politisch Rechtlose in den Stalinistischen Schutzbund hinein zu gehen, der bewusst gegen die proletarische Revolution geführt wird, ohne das Recht zu haben, die Verrats-

politik zu kritisieren und ihr die proletarische Klassenlinie propa-
gandistisch entgegenzustellen. Es gilt die Voraussetzung: für die pro-
letarisch-revolutionäre Militärorganisation zu schaffen, vor allem die
Hauptvoraussetzung: Die Gründung der proletarischen Klassenpartei.
Selbstverständlich wird der Kampfbund die grosse Masse der ehrlichen
Schutzbündler, die von der Stalinpartei/RS(SP) politisch betrogen und
verführt werden nicht im Stich lassen. Er wird ihnen nicht nur von
Aussen die Wahrheit sagen und den Weg zeigen, sondern er wird überall,
wo und wann er es als zweckmässig erachtet, zum Kampf gegen diese Ver-
ratspartei und ihre Verratspolitik illegale Fraktionen gründen im
stalinischen, auch im RS Schutzbund und überhaupt in der Stalinpartei
in der RS (SP).

Meuchelmord zu Gunsten der Bourgeoisie.

Wer das wahre Gesicht der Stalinbürokratie erkennen will, der nehme
z.B. die Rote Fahne Nr.14 zur Hand, er wird darin lesen: "An das katho-
lische Volk!... Für die Unabhängigkeit des (kapitalistischen) Österreich!
Gegen die Eingliederung Österreichs in den faschistischen Kriegsblock!...
Für die Eingliederung Österreichs in die Friedensfront des (imperialisti-
schen) Frankreich, in die Front der demokratischen (kapitalistischen) Mäch-
te!... Verbindung mit allen (kapitalistischen) demokratischen und (kapi-
talistischen) fortschrittlichen Menschen!... Gegen die Zersetzung der ver-
tarlinischen Organisationen!... (Was in Klammern steht ist zum besseren
Verständnis von uns beigefügt)... In Deutschland ruft sie zur "Versöhnung
des deutschen Volkes!", in der Schweiz zur "Erneuerung des Rütli-Schwures!",
in Frankreich zur "nationalen Einheitsfront (auch mit der Rechtsbourgeoi-
sie)!", nach Italien ruft sie zur "Versöhnung der Faschisten mit den Kom-
munisten auf der Basis des faschistischen Programms von 1919!" Sie win-
seln um das Vertrauen der Bourgeoisie und sie treiben auch in Russland ei-
ne Politik, die unter "kommunistischen" Betrugsphrasen zum Kapitalismus
führt. Nicht zum alten Kapitalismus der freien Konkurrenz, sondern zum or-
ganisierten Monopolkapitalismus, der die Ausbeutung des Proletariats und
der armen Mittelmassen aufs Massenste potenziert. Die Unzufriedenheit, Ge-
bung unter den russischen Arbeitermassen über diese Schwindeleien eines
angeblichen Kommunismus schwillt immer mehr an. Die Nutzniesser dieses
Ausbeutersystems sind die Stalinparasiten mit der mörderischen Oberwanz
Stalin an der Spitze, die diesseits Werkzeug und Bahnbrecher sind der
neuen kapitalistischen Elemente in Russland. Das Vertrauen der Weltbour-
geoisie zu erschüttern, den ehrenden russischen Proletariat jeden möglichen
Führer zu nehmen, sich selbst in der der Arbeiterschaft gegenüber entri-
senen Macht, samt der den Arbeitern vorerhaltenen Vorteile als Schwarzrot-
zer zu behaupten, das ist der politische Sinn der scheusslichen Meuchel-
morde, die unter der Maske von "Prozessen" von der Stalinbürokratie an
Piatakeff, Radek, Bucharin, Rykow und anderen organisiert werden. Alle diese
Männer haben durch ihre Schwankungen, durch ihre Einstellung, durch ihr
Verhalten nach dem Tode Lenins der proletarischen Revolution ausseror-
dentlich geschadet, sie haben der durch und durch korrupten Stalinbürokra-
tie dadurch den Weg zur Usurpation geebnet. Doch all dessen, wessen sie die
Stalinlumpen bezichtigen, sind sie unschuldig. Das ist ausser Zweifel. Von
Trotzky nicht zu reden, der mit den erstunkenen Beschuldigungen absolut
nichts zu tun hat. Das, wessen sie beschuldigt werden, begeht in Wirklich-
keit die stinkende Stalinbürokratie gegen die proletarische Diktatur in
Russland, gegen die Weltrevolution. Die Stalinbanditen wollen frei sein von
jeder revolutionär gearteten proletarischen Kontrolle. Aber die prol. Revo-
lutionäre werden ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse erfüllen, der
Tat wird kommen, an dem die Arbeiterklasse Gericht halten wird über die
Stalinbürokratie.

Nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch die SP(RS) reiben sich über
den Gang der Dinge in Russland schmunzelnd die Hände. Sie raunzen, es sei-
en dies Rückschläge (sieh die RS in der AZ vom Jänner) und schwindeln den
Arbeitern die Stalinpolitik, die in Wirklichkeit zum Kapitalismus führt,
als eine Politik vor, die zur sozialistischen Demokratie führe!... Die Meuchel-
morde an Sinowjew usw. sind ihnen nur Schmeicheleien einer Verratspo-
litik, die sie dem wesen nach durchaus billigen, weil - nun weil sie dem We-
sen nach dieselbe Verratspolitik in allen Ländern treiben, auch in Oester-
reich. Aber der Verrat an den Arbeitersache wird schliesslich auch dem einfältig-
sten Arbeiter in die Augen schlagen, in allen Ländern, auch in Russland, auch
in Oesterreich. Die Tatsachen werden sprechen! Sie werden den grossen Arbei-
termassen die Augen öffnen! Die Stunde des Verräters Stalin schlägt und
sie wird allen schlagen, die die Sache der Arbeiterklasse verraten, sie
wird schlagen auch den Verrätern in Oesterreich!